



Antrag

der Fraktion der SPD

Landesbürgschaften für kommunale Stadt- und Gemeindewerke

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag stellt fest, dass die Landesregierung ihre selbst gesteckten Klimaziele verfehlt und ihre Anstrengungen beim Klimaschutz deshalb deutlich verstärken muss.

Aktuell beschleunigt sich im Wärmesektor der Veränderungsdruck durch Gesetzgebung auf Bundesebene. Viele Menschen haben die Sorge, dass sie die in den nächsten Jahren notwendigen Investitionen in neue Heizungssysteme überfordern.

Ein Wärmenetz ist in den allermeisten Städten und Gemeinden die günstigste und sozial gerechteste Form der Wärmeversorgung. Die für den Aufbau notwendigen Investitionen in Erzeugungsanlagen und Wärmenetzinfrastruktur sind aber sehr teuer und für viele kommunale Stadt- und Gemeindewerke alleine nicht zu stemmen. Es braucht deshalb eine finanzielle Absicherung und zusätzlicher finanzielle Unterstützung durch das Land.

Daher fordert der Landtag die Landesregierung auf, den kommunalen Stadt- und Gemeindewerken sowie genossenschaftlichen Betreibern von Wärmenetzen Landesbürgschaften in Höhe von bis zu zwei Milliarden Euro zur Verfügung zu stellen und sie, wenn nötig, auch mit zusätzlichem Eigenkapital zu unterstützen. So werden die dringenden Investitionen in die Wärmewende vor Ort ermöglicht, ohne die Versorgungssicherheit zu gefährden.

Darüber hinaus fordert der Landtag die Landesregierung auf, sich dafür einzusetzen, dass überall da, wo die kommunale Wärmeplanung ein Wärmenetz vorsieht, kein Verbot von Öl- und Gasheizungen greift.

Begründung:

Der Verband der Schleswig-Holsteinischen Energie- und Wasserwirtschaft (VSHEW) rechnet mit Kosten von mindestens sechs Milliarden Euro für eine sozial gerechnete und ökonomisch effiziente Wärmewende.

Das Geld wird benötigt, um die Wärmeerzeugung auf klimaneutrale Energiequellen umzustellen und zusätzliche Leitungen für die Wärmeversorgung zu verlegen. Die Kosten dafür können nur langfristig auf die Preise umgelegt werden. Zudem haben die Stadt- und Gemeindewerke viele weitere wichtige Aufgaben beim klimaneutralen Umbau von Schleswig-Holstein, die ebenfalls Geld kosten.

Deshalb muss das Land den Ausbau der klimaneutralen Wärmeerzeugung unterstützen. Gemeinschaftliche Wärmenetze sind die gesamtwirtschaftlich günstigste und sozial gerechteste Form der Wärmeversorgung.

Die Alternative dazu ist, dass jedes Haus mit Wärmepumpe, Solaranlage, Speicher und Dämmung einzeln klimaneutral gemacht wird. Das zwingt viele Schleswig-Holsteinerinnen und Schleswig-Holsteiner dazu, sich zu verschulden. Deshalb ist es der bessere Weg, wenn der Staat die Kosten übernimmt und sie langfristig von allen gemeinsam getragen werden.

Thomas Losse-Müller
und Fraktion